

B e g r ü n d u n g

zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe

Planungsanlass und Planungsziele

Der Bebauungsplan Nr. 323, in Kraft getreten im Jahr 1989, regelt und steuert die geordnete städtebauliche Entwicklung für das Wohngebiet Sentruper Höhe.

In Teilbereichen des Plangebietes wurden zur Erhaltung der baulichen Anlagen Erhaltungsgebote festgesetzt. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines verwaltungsgerichtlichen Klageverfahrens wurde die Überprüfung der Aufrechterhaltung der Erhaltungsgebote notwendig. Hierzu fand auch ein umfangreicher Diskurs mit der Bürgerschaft im Plangebiet statt.

Mit der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 323 werden ff. Ziele verfolgt:

- Entfall der bisherigen Erhaltungsfestsetzungen;
- Modifizierung, Präzisierung und - bezogen auf die siedlungsgeschichtlichen und städtebaulichen Zusammenhänge im Quartier - Ergänzung und (räumliche) Differenzierung der bestehenden gestalterischen „Leitlinien“ für das Wohnquartier i.S. ihrer Stärkung;
- Entfall der Ausnahmeregelungen zur Unterbringung von Stellplätzen und Garagen auf den Baugrundstücken.

Die übrigen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 323 werden durch die vorliegende Änderung nicht berührt und behalten nach wie vor unverändert Bestand.

Planungsinhalte

1. Streichung in der Textlichen Festsetzung Nr. 6 gem. § 9 BauGB (ehem. BBauG) zur Zulässigkeit und Verortung von Garagen und Stellplätzen sowie Nebenanlagen

In den Festsetzungen des Bebauungsplans sind zur Zulässigkeit und Verortung von Garagen und Stellplätzen sowie Nebenanlagen Ausnahmetatbestände i.S. des § 31 (1) BauGB festgesetzt bzw. formuliert, die dem Gebot der hinreichenden Bestimmtheit an Festsetzungen nicht genügen.

Die entsprechenden Festsetzungspassagen (vgl. TF Nr. 6 gem. § 9 BauGB) werden im Zuge dieser Änderung insofern gestrichen und entfallen künftig.

Von der verbleibenden, nach wie vor die Siedlungsstruktur und die Prägung des Plangebietes stützende und insbes. zur Freihaltung der Vorgartenzonen von ruhenden Verkehr sinnvolle Basis-Festsetzung kann insofern nur noch eine Befreiung erteilt werden, wenn

- die Grundzüge der Planung nicht berührt werden ... und
- Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern oder

- die Abweichung städtebaulich vertretbar ist oder
- die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde
- ... und wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interesse mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Abweichungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans in Punkto seiner Festsetzung zur Unterbringung und Verortung des privaten ruhenden Verkehrs und von Nebenanlagen basieren insofern künftig auf einer durch die Baugenehmigungsbehörde durchzuführenden Bewertung nach den Kriterien des § 31 BauGB (Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans) im jeweiligen Einzelfall.

2. Entfall der Erhaltungsgebote gem. § 39 h BBauG

Im Rahmen von Klagen von Grundstückseigentümern und Bauwilligen, die den Abriss ihrer Bestandgebäude mit Erhaltensgeboten begehrten, wurde deutlich, dass die erhaltenden Vorschriften des Bebauungsplans - mangels unzutreffender Rechtsgrundlage und nicht ausreichender Begründung - als unwirksam zu betrachten sind.

Im Rahmen der Änderung des Bebauungsplans wurde die Erneuerung der Erhaltungsgebote durch Integration einer Satzung auf Basis von § 172 BauGB intensiv geprüft, im Ergebnis der Prüfung und in der Abwägung der Belange - in erster Linie aufgrund tendenziell unwirtschaftlicher investiver Belastungen für die Eigentümerinnen und Eigentümer i.V.m. veränderten und flexibleren Ansprüchen an das Wohnen heute - verworfen.

Der Entfall der Erhaltungsgebote hat zur Konsequenz, dass künftig - mit Ausnahme der denkmalwerten Gebäude im Plangebiet - ein Abriss bestehender Gebäudesubstanz möglich wird. Die neu zu errichtenden Gebäude müssen sich gleichwohl an die städtebaulichen und gestalterischen Rahmenbedingungen in Form der Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplans und seiner hiermit erfolgenden 1. Änderung halten.

Der Entfall der Erhaltungsgebote ist vertretbar, da der Bebauungsplan mit seinen Festsetzungen auf Basis des BauGB bereits die städtebauliche Grundstruktur und den eigenständigen Charakter des Wohnquartiers Sentruper Höhe nachvollzieht und definiert, flankiert und unterstützt durch bestehende und mit dieser Änderung des Bebauungsplans noch einmal angereicherte und räumlich-inhaltlich spezifizierte gestalterische Leitlinien für das Bauen im Wohnquartier. Mit dem Entfall der Erhaltungsgebote sind keine städtebaulich signifikanten Negativeffekte sowie keine negativen Effekte hinsichtlich der Grundstückswertigkeit verbunden. In der Abwägung der Öffentlichen Belange (Schutz und Erhalt der historischen Kernbereiche des Wohnquartiers, Erhalt v.a. auch der architektonischen Elemente der Baukörper in der Grundstruktur, Anpassungspflicht für Neubauten, ...) dominieren die privaten Interessen einer flexibleren Verwertungs- und (Neu-)Bebauungsmöglichkeit. Weniger die städtebauliche Orientierung / Ausrichtung und Grundkubatur der Gebäude im Verhältnis zu ihrer Wirkung im Straßenraum wird sich wandeln; vielmehr wird sich jedoch das architektonische Erscheinungsbild im Bereich der bisherigen Erhaltungsbereiche merklich individualisieren (können).

3. Ergänzung und Differenzierung der Gestaltungsvorschriften – Festsetzungen auf Grundlage von § 86 GO NW

Das Wohnquartier Sentruper Höhe weist eine typische siedlungsstrukturelle Prägung auf, die aus siedlungsgeschichtlichen

Neubauten, Sanierungen oder Umbauten sind in ihrer Baumasse und Kubatur bereits an die bestehenden, vergleichsweise engen Festsetzungen des Bebauungsplans i.S. des Erhalts des städtebaulichen Grundgerüsts der Siedlung, zu orientieren (im relativ engen Baufenster, mit vorgegebener Dachform und -neigung, in geschossabhängiger Einhaltung einer Traufhöhe im Maximum, mit geschoss- und dachneigungsabhängiger Firsthöhenobergrenze).

Neubau oder Umbauten müssen - begründet durch die gebietsbezogen unverwechselbare Typik und Siedlungsstruktur - ferner bereits heute ff. weitere Anforderungen gestalterischer Art gem. Textlicher Festsetzungen erfüllen:

- Einschränkung der Ausdehnung von Dachaufbauten und -einschnitten auf max. 2/3 der Gesamtlänge der Baukörper;
- Dacheindeckung in Steinmaterial naturrot bis rotbraun;
- Einhaltung der Trauflinie auf mind. 3/5 der Trauflänge;
- Außenwandflächen in rotem bis rotbraunem Verblend-Steinmaterial oder in weißem bis gebrochen weißem Verputz;
- Unterbringung von Stellplätzen oder Garagen in einem Mindestabstand von 5 m zu öffentlichen Verkehrsflächen, ...;
- Einschränkung der Einfriedigungsart und -höhe.

Die bestehenden Festsetzungen schützen die Prägung der Siedlung städtebaulich-gestalterisch und binden das Quartier mit seiner städtebaulichen Grundstruktur ergänzend über Leitmaterialien und Leitfarbgebungen heraus stadtgestalterisch zusammen. Diese Festsetzungen sind nach wie vor die fachlich richtigen und zielführenden, um die Erhaltung der Ablesbarkeit der Entstehungszeiten des Quartiers zu sichern. Die die Identität und Typik der Wohnsiedlung unterstützenden, begründeten gestalterischen „Leitlinien“ für das Bauen „auf der Sentruper Höhe“ sind unbedingt beizubehalten.

Zur weiterführenden Stützung der z.T. räumlich differenzierten Prägung und Typik der städtebaulich wirksamen stadtgestalterischen Kernelemente des Wohnsiedlungsbereichs werden die Textlichen Festsetzungen auf Grundlage von § 86 BauO NW modifiziert, präzisiert und bezogen auf die siedlungsgeschichtlichen und städtebaulichen Zusammenhänge im Quartier ergänzt bzw. differenziert.

- siedlungshistorischer Kontext und städtebauliche Begründung -

Erst nach Eingemeindung des städtischen Vorlandes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte sich Münster über die Grenzen der mittelalterlichen Befestigung hinaus entwickeln. Im Gegensatz zu anderen Stadterweiterungen hatte es im Westen danach keine Siedlungsansätze gegeben. Die Entwicklung stagnierte, bis zwischen 1915 und 1925 weit draußen vor der Stadt die Universitätskliniken entstanden. 1914 wurde die Genehmigung zum Bau eines neuen Universitätsklinikums für Krankenfürsorge, Forschung und Lehre erteilt. Ein 7,5 ha großes Grundstück des Studienfonds wurde für die Anlage bereitgestellt. Durch einen Teilabschnitt der 1903 geplanten Ringstraße – heute Domagkstraße – wurden die Kliniken erschlossen.

Nicht weit entfernt hat die Stadt zwischen 1926 und 1931 den Aasee angelegt. Frühjahr- und Herbsthochwasser hatten Jahrhunderte lang zu verheerenden Überschwemmungen in der Altstadt geführt. Um den Wasserstand der münsterschen Aa besser regulieren zu können, wurde der Flusslauf in der Stadt begradigt und vor der

Stadt ein Regenrückhaltebecken gebaut. Neben seiner Funktion als Wasserreservoir war der Aasee seitdem ein wertvolles Naherholungsgebiet für die Münsteraner.

Klinikum und Aasee waren Ende der 1920er Jahre Ausgangspunkte für erste Überlegungen zur baulichen Entwicklungen im Westen Münsters. In Verlängerung der Hüfferstraße, über den Jungeblodtplatz hinweg, wurde mit dem Bau der Unikliniken eine alte Wegeverbindung, die Kerkstiege zur Waldeyerstraße ausgebaut. Von dieser Waldeyerstraße aus entwickelte sich ein kammartiges Straßensystem mit zunächst Malmedyweg, Eupenerweg und Tondernstraße. Insbesondere am Malmedyweg und Eupener Weg entstanden in den 1920er bis Ende der 1950er Jahren ein Wohnviertel für gehobene Ansprüche mit individuell gestalteten Einzelhäusern. In den 1960er Jahren wurde die Besiedlung der Sentruper Höhe mit der Schlüterstraße, der Sentruper Höhe nördlich der Waldeyerstraße, dem Schulteweg, sowie im südlichen Bereich der Tondernstraße im gleichen Duktus abgeschlossen. Auch hier prägen spezifisch gestaltete Einfamilienhäuser das städtebauliche Bild.

Die so beschriebenen siedlungshistorisch besonders bedeutsamen Bereiche des Wohnquartiers entsprechen in der Abgrenzung exakt dem rot schrägschraffierten Bereich in der Planzeichnung des Bebauungsplans.

Die Einfamilienhäuser der frühen Bauphase wurden unter den damaligen Aspekten des „neuzeitlichen Bauens“ geplant. In der Grundhaltung handelt es sich aber um traditionelle Ziegelbauten mit Satteldach oder dem für diese Zeit modernen Zeltdach. Das bis heute prägende städtebauliche Bild ergibt sich aus der Verwendung traditioneller, landschaftsgebundener Materialien, wie der Klinkerfassade und der Pfannendachdeckung.

In den Einfamilienhausgebieten der 1960er Jahre finden sich verschiedene Hausformen in lockerer Bebauung und in unterschiedlicher Stellung zum Straßenraum angeordnet. Die Einzelhäuser bieten einen vielfältigen Überblick über die gängigen, aber auch qualitätvollen Einfamilienhaustypen der 1960er Jahre. Jedes Haus ist individuell entworfen, den Bedürfnissen des Grundstücks und Bauherrn angepasst. Neuartige konstruktive und gestalterische Details geben den Gebäuden ein modernes Gepräge. Mit der Wahl von roten Klinkern für die Fassade und der Pfanneneindeckung stehen sie in der Tradition heimischer Architektur. Trotz ihrer Vielfältigkeit bilden die Einzelhäuser durch die Wahl ähnlicher Materialien ein einheitliches Siedlungsbild. Am Schulteweg stehen vier gestaffelte Reihenhäuser, die sich durch die Wahl gleicher Materialien in das städtebauliche Gesamtbild einfügen.

Im Bebauungsplan sind Baufenster festgelegt, die sich an den überbauten Bauflächen der bestehenden Gebäude orientieren, um die charakteristische städtebauliche Struktur zu erhalten. Um bei Um- oder Neubauten die gestalterische Einheit des Straßenbildes zu erhalten, ist für diesen Bereich des Plangebietes, für den die historischen Materialien noch heute prägend sind, rot bis rotbraunes Steinmaterial für die Außenwandflächen als Verblender präzise festgesetzt ***(TF 2.1: Die Außenwandflächen aller Gebäude in den rot schrägschraffierten Bereichen des Plangebietes sind mit einem roten bis rotbraunen Steinmaterial zu verblenden. ...)***

So werden auch zukünftig der Maßstab und die Materialität der qualitätvollen Altbauten, von denen einige in die Denkmalliste eingetragen sind, für das Siedlungsbild gestaltprägend sein.

Bedingt durch verheerende Kriegszerstörungen herrschte nach dem Krieg ein extremer Wohnraummangel in Münster. So wurden zu Beginn der 1950er Jahre im Siedlungsgebiet an der Sentruper Höhe zur Linderung der Wohnungsnot großflächig

Flächen zur Verfügung gestellt, auf denen mit einfachen Mitteln ein harmonisches Siedlungsbild geschaffen wurde. Grundstücke standen in Abstimmung mit der Stadt am westlichen Stadtrand an der zukünftigen Redigerstraße, Waldeyerstraße, Schmeddingstraße, Scheffer-Boichorst-Straße und Auf dem Draun zur Verfügung.

Die so beschriebenen siedlungshistorisch besonders bedeutsamen Bereiche des Wohnquartiers entsprechen in der Abgrenzung exakt dem blau schrägschraffierten Bereich in der Planzeichnung des Bebauungsplans.

So sahen es viele Arbeitgeber, z.B. die Landesversicherungsanstalt Westfalen (LVA), als ihre Aufgabe für Bedienstete Wohnraum zu schaffen. Die Grundstücke befanden sich an der Redigerstraße, Waldeyerstraße, Schmeddingstraße und Scheffer-Boichorst-Straße. Auch die Kirche beabsichtigte für kinderreiche und sozial schwache Familien preisgünstige Eigenheime zu schaffen. Die „Aachener gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungs- GmbH“, von vier Bistümern als Wohnungsgesellschaft gegründet, errichtete an der Straße Auf dem Draun an der Aufweitung des Straßenraumes zu einem Platz Einzel- und Reihenhäuser. Beide Projekte hatten zum Ziel preisgünstige Wohngebäude im größeren Siedlungszusammenhang zu schaffen.

Die Wohngebäude der LVA sind bescheiden und schmucklos gestaltet. Es handelt sich um traufständige Häuser mit weißen Putzfassaden und hohem Satteldach. Die Gebäude reihen sich in einer Flucht an den meist geschwungenen und zu Plätzen aufgeweiteten Straßen auf. Der aufgeweitete Straßenraum erinnert an den dörflichen Anger, der ursprünglich gemeinschaftlichen Weidefläche. Dieser diente später der Kommunikation als grüner Platz zwischen den Häusern. Eingebunden ist die Bebauung der Redigerstraße in großzügigen Vorgartenflächen, die mit dem Straßengrün eine Einheit bilden.

Die Bebauung wurde im gleichen Duktus an der Redigerstraße bis zur Sentruper Straße und der Schmeddingstraße in einer kleinen Stichstraße fortgeführt. Hier konnten Bauherren unabhängig von der LVA ihren Traum vom bescheidenen Eigenheim verwirklichen. Vorgabe war die Übernahme der Trauf- und Firstlinie, die Kubatur und die Wahl der Baumaterialien. So sind bei genauerem Hinsehen Varianten der LVA-Siedlungshäuser entstanden. Prägend für diese Straßenräume ist neben den weiß verputzten Außenwandflächen die durchgehende Traufe der Wohngebäude. Nur für den von der Schmeddingstraße abzweigenden Stich Nr. 15 a-d, 19 a-d ist der Wechsel zwischen traufständigen Gebäuden auf der Südseite und giebelständigen Gebäuden auf der Nordseite kennzeichnend. Dieser Straßenraum erhält damit ein besonderes Gepräge.

Im Gegensatz zu den eingeschossigen Gebäuden an der Redigerstraße errichtete an der Straße Auf dem Draun die Aachener Wohnungsgesellschaft zweigeschossige Doppel- und Reihenhäuser mit geringer Dachneigung. Die Gebäude sind weiß verputzt und mit durchgängiger Traufe. Es bestand die Wahl zwischen zwei Grundtypen. Jedes Haus konnte individuell nach den Bedürfnissen des Bauherren geplant werden, wenn nur das einheitliche Fassadenbild zum Straßenraum gewahrt blieb. Die Umsetzung erfolgte in drei Bauabschnitten ab 1953. Im ähnlichen Stil wurde die Bebauung bis zum Theresiengrund und der Sentruper Straße fortgesetzt. Der Wechsel zwischen trauf- und giebelständigen, zwischen Ein-, Doppel- und Reihenhäusern kennzeichnet das Straßenbild und harmonisiert mit dem grün gestalteten Freiraum. Die hohe städtebauliche Qualität ergibt sich insbesondere durch die gleichartigen Materialien, zum Beispiel dem weißen Verputz der Fassaden und der Pfanneneindeckung der Satteldächer.

Die ergänzenden, gestalterischen Festsetzungen mit den Vorgaben die Wohngebäude mit einem weißen oder gebrochen weißen Mörtel zu verputzen und zur Einhaltung einer durchgängigen Trauflinie gelten für alle Bereiche, in denen die verputzten Siedlungshäuser der 1950er Jahre noch heute eindeutig das Straßenbild prägen (**TF 2.1: ... Die Außenwandflächen aller Gebäude in den blau schrägschraffierten Bereichen des Plangebietes sind mit einem weißen bis gebrochenweißen Mörtel zu verputzen bzw. in solchen Farben zu streichen. ...**).

Durch die gestalterischen Vorgaben soll erreicht werden, dass Neubauten sich in der Kubatur, dem Maßstab und der Gestaltung in das überlieferte Siedlungsbild einfügen. Nicht zuletzt auch durch die ungestörte Trauflinie wird das charakteristische, städtebauliche Bild erzeugt: Sie ist ein deutliches Charakteristikum des städtebaulichen Gesamtbildes für die verputzten Siedlungshäuser der 1950er Jahre (**TF 1.5: ... In den blau schrägschraffierten Bereichen des Plangebietes muss die dem öffentlichen Straßenraum zugewandte Trauflinie durchgängig erkennbar sein und auf der gesamten Gebäudelänge eingehalten werden. ...**).

Im Zuge der Änderung des Bebauungsplans erfolgt insofern für die siedlungsgeschichtlich weniger bedeutsamen Teilräume des Plangebietes die Beibehaltung der alternativen Wahlmöglichkeit in der Material- und Farbgebung der Fassade (TF 2.1), jedoch eine Präzisierung bzw. Entfall der Wahlmöglichkeit mit Vorgabe von Leitmaterial und -farbe in den einheitlichen und städtebaulich-stadtgestalterisch die Siedlungsgeschichte ablesbar machenden Bereichen des Wohnquartiers (rot bzw. blau schrägschraffiert abgegrenzte Teilräume des Plangebietes, vgl. Planzeichnung, zur Begründung der Abgrenzung s.o.). Vor dem Hintergrund ohnehin aktuell geltender Vorschriften und Anforderungen an Schall- und Wärmeschutz im Bau stellen die so präzisierten Festsetzungen keine unverhältnismäßigen finanziellen/wirtschaftlichen Belastungen für die Eigentümerinnen und Eigentümer der betroffenen Gebäude im Fall der Sanierung, des Umbaus oder des Neubaus dar. Im Hinblick auf tendenzielle, jedoch ebenfalls nicht unverhältnismäßige Verteuerungen durch Zwang zur Realisierung einer Klinkerfassade sind in der Abwägung der öffentlichen gegen die privaten Belange der Erhalt der gestalterisch im Stadtraum sehr wirksamen und wahrnehmbaren Gebietsprägung und -typik sowie die gestalterische Steuerung der Einheitlichkeit des Siedlungsbildes vorgehend.

Die Ergänzung der neuen Festsetzung im städtebaulichen und siedlungsstrukturellen Kontext für den Bereich der „Siedlerhäuser“ (TF 1.5) bedeutet - besonders begründet - dort eine Einschränkung der bisherigen Vorgaben zur Einhaltung der Trauflinie gegenüber der bisher geltenden Festsetzung dahingehend, an der der dem öffentlichen Raum zugewandten Traufseite der Gebäude eine Traufendurchbrechung zur Aufrechterhaltung der dort durchgängig vorhandenen Prägung zu verhindern. Die Festsetzung ist verhältnismäßig und zumutbar, da sie ausschließlich auf die Orientierung zum stadtgestalterisch wirksamen öffentlichen Raum hin definiert ist – sonst mögliche erker- oder vorbauähnliche Durchbrechungen der Traufe sind primär architektonische Moden; die Flexibilität der Grundrissgestaltung oder die Ausnutzbarkeit der Grund- und Geschossflächen der Gebäude sind allenfalls marginal berührt. Die gestalterischen Ziele als öffentlicher Belang gehen hier etwaigen privaten Belangen oder „Belastungen“ ebenfalls vor.

Die Bebauung der Sentruper Höhe bietet bis heute in großen Bereichen ein einheitliches städtebauliches Bild resultierend aus den jeweiligen Architektursprachen der Erbauungszeiten im 20. Jahrhundert. Abgestimmt auf die historisch prägenden Ges-

taltmerkmale bestimmter Siedlungsbereiche werden die bisherigen gestalterischen Festsetzungen ergänzt bzw. konkretisiert, um zu gewährleisten, dass sich Um- und Ersatzbauten in das überlieferte Siedlungsbild einfügen. Die städtebauliche Geschichte der Sentruper Höhe soll im heutigen Zeitgeist unter Respektierung der historischen Maßstäbe und Materialien fortgeführt werden. Dem Erneuerungs- und Anpassungsdruck, dem ein Siedlungsgebiet aus den 1930er bis 1960er Jahren ausgesetzt ist, wird gleichwohl Rechnung getragen.

Neu- und Ersatzbauten im Quartier dürfen das überlieferte und charakteristische Siedlungsbild insofern nicht verunklären. Dabei ist wichtig, dass sich die Größe der Baufenster am Bestand der Siedlungshäuser orientiert, wie schon im Bebauungsplan festgeschrieben. Entscheidend aus stadtgestalterischer Sicht ist jedoch darüber hinaus, dass die prägenden und vorherrschenden Materialien und Farbgebungen weiterhin im Straßenbild dominieren. Vor allem auch die gestalterischen Vorgaben für zusammenhängende Baukörper das Material und die Farbe von Dachflächen und Fassaden einheitlich zu gestalten und auszuführen, soll das überlieferte, städtebauliche Gesamtbild - im gesamten Plangebiet - stärken bzw. gewährleisten, dass sich jeder Ersatzbau, auch wenn er nur Teil eines „Wohnblocks“ ist, harmonisch in das zusammenhängende Bauensemble sowie die Typik der Gesamtsiedlung einfügt (TF 1.4: ... Die Dachflächen von zusammenhängenden Gebäudekörpern (aneinandergebaute Doppel-, Ketten- oder Reihenhäuser) sind in Material- und Farbgebung einheitlich zu gestalten und auszuführen.) (TF 2.2: Die Fassaden von zusammenhängenden Gebäudekörpern (aneinandergebaute Doppel-, Ketten- oder Reihenhäuser) sind in Material- und Farbgebung einheitlich zu gestalten und auszuführen. ...).

Im Rahmen der aktuellen Beschäftigung mit gestalterischen Fragestellungen und einer entsprechenden Bestandsanalyse vor Ort zu Material und Farbgebung im Wohnquartier Sentruper Höhe wurde ebenfalls die bestehende Textliche Festsetzung Nr. 1.4, die in der bestehenden Fassung des Bebauungsplans ausschließlich eine Dacheindeckung in naturrotem bis rotbraunem Steinmaterial im gesamten Plangebiet fixiert, einer Prüfung unterzogen. Die Bestandsanalyse hat ergeben, dass die vorherrschenden Farbgebungen - neben der fixierten - gleichwertig die im anthrazitfarbenen bis schwarzen Farbbereich sind. Auch ist keine Massierung einer farblich prägenden Dacheindeckung im Quartier i.S. einheitlich gestalteter und somit gestalterisch zusammenwirkender städtebaulicher Siedlungsteilbereiche, auch nicht in den siedlungshistorisch bedeutsameren Teilquartieren des Plangebietes, zu erkennen, abzuleiten und zu begründen. Insofern ist es geboten, die bestehende Textliche Festsetzung um eine alternative Zulässigkeit auch von anthrazitfarbenem bis schwarzem Steinmaterial, zu ergänzen (TF 1.4: Als Dacheindeckung der Neigungsdächer ist **im gesamten Plangebiet** nur naturrotes bis rotbraunes Steinmaterial **oder anthrazitfarbenes bis schwarzes Steinmaterial in Pfannendeckung** zulässig. ...). Die Erweiterung der Festsetzung stellt das grundlegende und wichtige Ziel, die Leit-Materialien und die vorhandenen und prägenden Leit-Farbgebungen für die Wohnsiedlung zu definieren, nicht in Frage und stellt i.S. von Neu- und Umbauten im Quartier eher eine Erleichterung durch Einräumung der Wahlmöglichkeit in den öffentlich-rechtlichen Vorschriften dar.

Auswirkungen auf die Umwelt / Umweltbericht gem. § 2a BauGB

Durch die Änderung des Bebauungsplanes werden die generellen, städtebaulichen Zielsetzungen nicht wesentlich verändert. Es erfolgt primär eine Modifizierung, Präzisierung und Ergänzung von gestalterischen textlichen Festsetzungen. Insoweit wird den generellen Planungszielen des Bebauungsplanes weiterhin Rechnung getragen.

Gegenüber der bisherigen Rechtslage werden durch die Änderung des Bebauungsplanes keine zusätzlichen Eingriffe in Natur und Umwelt ermöglicht, erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen sind deshalb nicht zu erwarten. Es sind somit auch keine Anhaltspunkte ersichtlich, dass die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der Schutzgüter des § 1 (6) Nr. 7 Baugesetzbuch durch die Bebauungsplanänderung beeinträchtigt werden. Von einem Umweltbericht wird entsprechend § 13 BauGB abgesehen.

Die Änderung des Bebauungsplans betrifft inhaltlich zudem nicht Fragestellungen und Prüfroutinen der energiegerechten Bauleitplanung im Zuge des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene.

Realisierung der Planung

Die Änderung des Bebauungsplans ist primär stadtgestalterischer Natur – sie berührt inhaltlich insofern nicht Fragestellungen und Prüfroutinen im Zusammenhang mit dem städtischen „Handlungskonzept Demographie“.

Die Verwirklichung der Bebauungsplanänderung wirkt gleichwohl auf die persönlichen Lebensumstände der im Plangebiet lebenden und arbeitenden Menschen.

Zur Beurteilung von möglichen negativen Auswirkungen der Planung auf die Bevölkerung, im speziellen auf die Bewohnerinnen und Bewohner im Plangebiet, mit Blick auf

- ihre sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse,
- die Belange von Familien, jungen, alten und behinderten Menschen sowie auf Frauen und Männer,

wurden die von den Inhalten der Änderung des Bebauungsplans betroffenen Ämter, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über die wesentlichen Planungsziele und -zwecke informiert und im Verfahren im Rahmen der Offenlegung beteiligt.

Im Zuge der Planaufstellung wurden keine Anhaltspunkte ersichtlich, die auf eine besondere (negative) Betroffenheit der im Plangebiet lebenden und arbeitenden Menschen – ausgelöst durch die Änderung des Bebauungsplans - hindeuten.

Diese Begründung dient gemäß § 9 (8) BauGB als Anlage zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 323: Wohngebiet Sentruper Höhe

Münster,
Der Oberbürgermeister
I. V.

Schultheiß
Stadtdirektor